

OPEN GOVERNMENT UND OPEN DATA

TRANSPARENZ, PARTIZIPATION, KOOPERATION



EIN SZENARIO FÜR OPEN DATA

Staat und Kommunen haben eine Fülle von Daten für vielfältige Verwaltungsaufgaben erhoben. Welche davon man nun geeignet und wertschöpfend Bürgern und Wirtschaft als Open Data zur Verfügung stellen kann, lässt sich mit Hilfe von Szenarien ausleuchten. Zum Beispiel bei einem Umzug: Zieht ein Unternehmen oder eine Familie um, brauchen beide für die Standortfindung viele Daten. Fast eine Million Familien mit mehr als zwei Personen im Haushalt ziehen jedes Jahr in Deutschland um. Kauft man eine „falsche“ Immobilie oder muss ein Kind wegen falscher Schulwahl ein Jahr wiederholen, ist schnell ein sechsstelliger Schaden entstanden. Bürger, die umziehen wollen, brauchen daher Informationen über Mietwohnungen oder Kaufimmobilien, Schadstoffbelastungen der Umwelt, Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeheime, ÖPNV, um eine passende neue Heimat zu finden.

Dabei sind Postanschrift und Telefonnummer nicht ausreichend. Die öffentliche Hand hat zum Beispiel von Kindertagesstätten auch Daten über das pädagogische Konzept des Trägers, bei Eigenbetrieb auch den Stellenplan und damit Daten über das Ausbildungsniveau der Mitarbeiter. Das Gesundheitsamt hat Daten über die hygienischen Verhältnisse, das Bauamt über die baulichen. Manche Kindergärten haben schon einen Qualitätsbericht und einige einen Förder- oder Elternverein. Zudem gibt es in manchen Bereichen auch schon Bewertungsportale. Alle diese Daten können z. B. über einen Marker auf einer Karte verlinkt werden und so den Eltern zur Verfügung gestellt werden.

Die Stadt Bonn tut das. Auf der Plattform opendata.bonn.de stellt sie diese Angaben in der CSV-Datei „Kindertageseinrichtungen“ als offene Daten zur Verfügung. Nicht nur die Postanschrift und die Telefonnummer sind dort verzeichnet, sondern auch wichtige Informationen wie Träger, Weblinks oder Öffnungszeiten. Jeder kann diese Daten frei nutzen, weiterverarbeiten oder damit eine App für das Smartphone entwickeln. So kann Open Data bei der Entscheidung helfen, ob Bonn der richtige Standort für einen Umzug ist.

Die Deklaration der Open Government Partnership (OGP) verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Verfügbarkeit von Informationen über ihr Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verbessern. Das schließt nicht nur die Bereitstellung von Daten ein, sondern auch deren Auffindbarkeit, die Möglichkeit ihrer Verwertung und die Auseinandersetzung der breiten Öffentlichkeit mit den Verwaltungsdaten.

Herausgegeben im Auftrag
der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Erarbeitet von
Dr. Pencho Kuzev LL.M.
Koordinator für Digitalisierung
und Datenpolitik der
Konrad-Adenauer-Stiftung

unter Mitwirkung von
Katharina Große (The Open
Government Institute, Zeppelin
Universität), Thomas Nolte, Christi-
an Heise (Open Knowledge Founda-
tion), Dr. Tobias Knobloch (Stiftung
Neue Verantwortung), Dipl.-Ing.
Dr. Jens Klessmann (Fraunhofer
FOKUS), Wolfgang Ksoll (WKC),
Claus Arndt sowie Thomas Tursics.

Konrad-Adenauer-Stiftung,
Berlin 2017



Der Text dieses Werkes ist lizen-
ziert unter den Bedingungen von
„Creative Commons Namensnen-
nung-Weitergabe unter gleichen
Bedingungen 3.0 Deutschland“,
CC BY-SA 3.0 DE (abrufbar unter:
[http://creativecommons.org/
licenses/by-sa/3.0/de/](http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de/))

www.kas.de

 Konrad
Adenauer
Stiftung

Open Government, offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln, erlangte 2009 weltweite Aufmerksamkeit durch ein Memorandum von Barack Obama. Er forderte seine Verwaltung auf, transparenter zu werden, Zusammenarbeit zu stärken und Bürgerinnen und Bürger mehr einzubeziehen.

Ein Mittel gegen Politikverdrossenheit?

Open Government ist zum einen eine Reaktion auf die wahrgenommene wachsende Politikverdrossenheit. In Deutschland werden oft die Stuttgart-21-Proteste als Beispiel genannt. Open Government soll staatliches Handeln für Bürger besser nachvollziehbar machen und durch deren Einbindung Akzeptanz von Entscheidungen erhöhen. Zum anderen sollte auch das Innovationspotenzial bedacht werden: Durch die Öffnung von staatlicher Problemlösung und Entscheidungsfindung werden, zum Beispiel durch die Zivilgesellschaft, Vorschläge und Impulse eingebracht, die sonst keine Beachtung gefunden hätten.

Neue Umsetzungsmöglichkeiten durch IKT

Das Internet und insbesondere Web-2.0-Technologien eröffnen neue Möglichkeiten, Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit umzusetzen. Große Datenmengen können online zur Verfügung gestellt und visualisiert werden. Menschen können zeit- und ortsunabhängig diskutieren. Aufgaben können mit der Unterstützung einer großen Gruppen („Crowd“) erledigt werden.

Transparenz, Partizipation, Zusammenarbeit

- Transparenz kann als Grundbaustein von Open Government gesehen werden. Sie soll Bürgern ermöglichen, Entscheidungen und Prozesse nachzuvollziehen und sich selbst Meinungen zu bilden. Dazu werden beispielsweise offene Daten zur Verfügung gestellt und aufbereitet.
- (E-)Partizipation bezeichnet die Einbindung von Bürgern in den Prozess der Entscheidungsfindung. Dabei ist wichtig, dass Vorschläge tatsächlich Beachtung finden. Es geht aber nicht um direkte Demokratie. Die Entscheidung selbst wird von den zuständigen staatlichen Organen getroffen.
- Zusammenarbeit (Open Government Collaboration) bezieht sich auf die Umsetzung von Aufgaben. Crowdfunding-Plattformen und gemeinsam erstellte Karten wie zum Beispiel die Wheelmap, auf der Orte bezüglich ihrer Rollstuhlgerechtigkeit bewertet werden, zeigen den Erfolg dieser internetbasierten Ko-Produktion.

Open Government braucht Strategie

Trotz des großen Potenzials von Open Government sind an viele Projekten oft überzogene Erwartungen geknüpft. Zwar kann die Nutzung neuer Technologien durchaus neue Teilnehmergruppen erschließen. Sie ist aber kein Wundermittel gegen politisches Desinteresse. Open-Government-Projekte müssen eingebettet werden in nachhaltige Prozesse und Strategien, die auch politische Bildung und Training von Medienkompetenz beinhalten – für Bürger und Verwaltungsmitarbeiter.

K.G

Open Government Partnership

Die Open Government Partnership (OGP) ist ein Bündnis von mehr als 70 Nationen, das Open Government international vorantreiben möchte. Alle Mitgliedstaaten haben sich verpflichtet, Open Government in ihren Ländern umzusetzen. Auch Deutschland ist seit Dezember 2016 Teil dieser Partnerschaft.

Das wichtigste Ziel der OGP ist es, die Qualität des staatlichen Handelns zugunsten der Bürger zu erhöhen. Dies soll mittels größerer Transparenz, vermehrter Rechenschaft und stärkerer Bürgerorientierung erreicht werden. Zentrale Elemente dafür sind der ernsthafte Dialog und die Zusammenarbeit von staatlichen Akteuren und Bürgern. Die Werte und Prinzipien der OGP sind in der „Open Government Declaration“ festgeschrieben, zu der sich jeder Mitgliedsstaat mit seinem Beitritt verpflichtet. Gesteuert wird die OGP von einem zentralen Gremium („Steering Committee“), das mit Vertretern von Regierungen und Zivilgesellschaft besetzt ist.

Nationale Aktionspläne

Um der OGP beitreten zu können, muss ein Land Mindestanforderungen erfüllen, die u. a. die Haushaltstransparenz, die Informationsfreiheit und die Bürgerbeteiligung betreffen. Außerdem wird von den Beitrittskandidaten eine Verpflichtungserklärung beispielsweise der nationalen Regierung gefordert. Im Zweijahresrhythmus legen die Mitgliedsländer nationale Aktionspläne vor, die in Kooperation mit der Zivilgesellschaft erarbeitet werden. Sie schreiben die selbstgesteckten Ziele und Maßnahmen fest, auf deren Grundlage Transparenz, Rechenschaft, Partizipation und technologische Innovation national weiterentwickelt werden.

Den Fortschritt der Mitgliedsländer bei der Erreichung ihrer Ziele misst die OGP mithilfe ihres unabhängigen Berichtsmechanismus (Independent Reporting Mechanism, IRM).

Zudem unterstützt die OGP ihre Partner mit technologischer Expertise und schlägt lohnenswerte Open-Government-Projekte vor. Das geschieht in unterschiedlichen Formaten, etwa Online-Seminare oder internationale Arbeitsgruppen, in denen sich Mitgliedsstaaten austauschen und unterstützen können.

Institutionalisierter Dialog mit der Zivilgesellschaft

Die OGP fördert auch engagierte Bürgerinnen und Bürger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen. Neben der gemeinsamen Erarbeitung der Nationalen Aktionspläne unterstützt die OGP die Etablierung eines dauerhaft institutionalisierten Dialogs mit der Zivilgesellschaft. Eine eigene Organisationseinheit der OGP, das

„Independent Civil Society Engagement Team“ (CSE), ist Ansprechpartner und Berater für die zivilgesellschaftlichen Akteure.

K.G



https://commons.wikimedia.org/wiki/File:OGP_logo_-_print_layers.png, CC-BY-SA-3.0

Der Arbeitskreis Open Government Partnership Deutschland ist ein Zusammenschluss zivilgesellschaftlicher Organisationen, von Wissenschaftsvertretern und interessierten Einzelpersonen. Sein Ziel ist es, die Bundesregierung bei der aktiven Mitwirkung Deutschlands in der Open Government Partnership (OGP) als kompetenter und unabhängiger Partner zu unterstützen.

Der Arbeitskreis vertritt die Auffassung, dass Deutschlands Mitwirkung in der OGP zu mehr Transparenz, Bürgerbeteiligung und in der Folge zu einer Stärkung der repräsentativen Demokratie führt. In einem ersten Schritt hat der Arbeitskreis im Sommer 2016 einen Entwurf für den ersten Nationalen Aktionsplan ausgearbeitet. Er dient als ein Dialogangebot: Die gemeinsame Erarbeitung von Aktionsplänen durch die Zivilgesellschaft und die Regierung, deren Umsetzung von der OGP bewertet wird, sind für die OGP-Beteiligung eines Landes konstitutiv.

Die Organisation des Arbeitskreises funktioniert ohne Hierarchie und Zwang zur Mitarbeit. Im OGP-Arbeitskreis sind Organisationen und Experten aus allen Bereichen offenen Regierens vertreten. Um mitzuwirken reicht ein formloses Online-Beitritts-gesuch aus. Derzeit sind 13 Organisationen – u. a. die Open-Knowledge-Foundation-Deutschland, die Stiftung Neue Verantwortung und das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement – sowie zahlreiche Einzelpersonen im Arbeitskreis engagiert.

Der OGP-Arbeitskreis schlägt für den ersten nationalen Aktionsplan acht Handlungsfelder vor, wobei Open Data als informationeller Kern von Open Government eine zentrale Stellung einnimmt. Außerdem befasst sich der Kreis mit den Feldern Informationsfreiheit, Bürgerbeteiligung, offenes Innovationsmanagement, Qualifizierung, Zukunftsdialoge, Datenschutz und IT-Sicherheit. Eine themenübergreifende Herausforderung besteht darin, in den Verwaltungen beim Bund, in den Ländern und Kommunen entsprechende Kenntnisse und Kompetenzen aufzubauen; ferner müssen die Ziele und Instrumente offenen Regierens in der Breite der Bevölkerung bekannt gemacht werden.

In mindestens drei der genannten Themenfelder kann sich die Bundesregierung mit bereits vorhandener Expertise international profilieren. Wenn sich Deutschland aktiv in die Debatten einbringt, von den Erfahrungen anderer Länder lernt und eigene Lösungsansätze entwickelt, sind die Voraussetzungen für offenes Regierungs- und Verwaltungshandeln geschaffen. T.K.

Informationen, die elektronisch verarbeitet werden können, spielen in unserer Gesellschaft eine wichtige Rolle. Grundlage für diese Informationen sind Daten. Sie sind eine unerschöpfliche, nachwachsende Ressource, welche vor allem durch gemeinsames Nutzen einen Mehrwert generiert, der nicht mehr nur allgemein Politik, Wissenschaft und Wirtschaft betrifft, sondern die Bürgerinnen und Bürger direkt.

Definition Open Data

Der Begriff „Open Data“ (deutsch offene Daten) beschreibt ein Konzept, bei dem diese maschinenlesbaren und strukturierten Informationen durch die Verwendung offener Nutzungsrechte von jedermann frei verwendet, nachgenutzt und verbreitet werden können. Die Nutzung dieser offenen Daten darf laut der Open-Definition nur eingeschränkt werden, um den Ursprung durch Quellennennung und die Offenheit der in ihnen enthaltenen Informationen sicherzustellen. Diese offenen Daten dürfen jedoch keine personenbezogene Daten oder Daten, die dem Datenschutz unterliegen, beinhalten. Open Data folgt hier der Maxime der Hackerethik: öffentliche Daten nutzen, private Daten schützen.

Im Gegensatz zu bereits verarbeiteten und meist rechtlich geschützten Informationen handelt es sich bei diesen Daten oft nicht nur um Text- oder Bildmaterial, sondern um Tabellen, Karten oder Datenbanken. In diesem Zusammenhang wird auch von „Rohdaten“ gesprochen, die als Grundlage für die letztendlich aufbereitete Information dienen.

Diese Daten können aus den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft stammen: Geodaten, Kulturdaten, Daten aus Wissenschaft und Forschung sowie Wetter- und Umweltdaten.

Open Government Data

Offene Daten werden oft synonym für „Open Government Data“ verwendet, also für Daten der öffentlichen Verwaltung, welche die Eigenschaften öffentlicher Güter erfüllen. Diese offenen Behörden-daten sind eine Grundlage für den Prozess der Öffnung von Regierungs- und Verwaltungshandeln, der wiederum als „Open Government“ bezeichnet wird.

Bei Open Data geht es also um den Zugang zu Wissen. Der Zugang zu dieser Ressource stellt in einer gut funktionierenden, demokratischen Gesellschaft für Bürgerinnen und Bürger eine wichtige Voraussetzung zur gesellschaftlichen Teilhabe dar. Ch.H.

TIPP:

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière:

„Demokratie heißt
Zuhören und die Hand reichen“

<http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/12/bekanntgabe-der-teilnahme-an-open-government-partnership.html>

TIPP:

Mehr Informationen zur Open-Definition finden Sie in englischer Sprache hier:

<http://opendefinition.org/>

Die Deklaration der Open Government Partnership (OGP) verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, die Verfügbarkeit von Informationen über ihr Regierungs- und Verwaltungshandeln zu verbessern. Das schließt nicht nur die Bereitstellung von Daten ein, sondern auch deren **Auffindbarkeit**, die Möglichkeit ihrer **Verwertung** und die **Auseinandersetzung der breiten Öffentlichkeit mit den Verwaltungsdaten**.

Im Rahmen der OGP haben die Open-Data-Verpflichtungen (sog. „commitments“) **gute Regierungsführung**¹ zum Ziel. Der Verbesserung der Transparenz und der Rechenschaft der Entscheidungsträger wird damit ein besonderer Stellenwert zuerkannt. Dazu bedarf es neben der Datenbereitstellung auch der Förderung der Nachfrage nach Verwaltungsdaten. Kernanliegen im Rahmen eines nationalen Aktionsplans bleibt die dauerhafte Anpassung dieser zwei Komponenten: das Angebot und die Nachfrage nach Daten. Beispielhaft verpflichtet der britische Aktionsplan die Behörden, einen jährlichen Bericht vorzulegen, wie sie Kooperationsbeziehungen zu den Datenanwendern einschließlich des Businesssektors aufbauen, um für den Gebrauch von Verwaltungsdaten zu werben.

Wie unterstützt Open Data gute Regierungsführung

Open Data soll systematisch Teil des Verwaltungsverfahrens werden (Entscheidungsfindung) und konsequenterweise zu politischer Verantwortung und Rechenschaftspflicht führen. Ein mehrdimensionaler Ansatz verlangt die Zurverfügungstellung von **politisch relevanten** und **brauchbaren Daten** sowie von **Daten über einzelne Verwaltungsleistungen**. Zudem ist es erforderlich, die technischen Fähigkeiten in den Verwaltungen und vor allem in der Zivilgesellschaft aufzubauen, damit die verwendbaren Daten in weiterführende Informationen für die Öffentlichkeit übersetzt und aufbereitet werden können. Ist dies nicht gegeben, werden Tragfähigkeit und Sinn des Open-Government-Prozesses früher oder später in Frage gestellt.

Die OGP kann nur dann Ergebnisse im Sinne einer guten Regierungsführung hervorbringen, wenn die oben genannten Voraussetzungen substantiell erfüllt sind. Ansonsten besteht die Gefahr von „Open Washing“: Einerseits werden Transparenz und Bürgernähe proklamiert, andererseits werden Intransparenz und Amtsgeheimnis in der Politik und Verwaltung die Realität bleiben. P.K.

1 | Nach der Definition der Weltbank versteht man unter dem Begriff „gute Regierungsführung“ die Art und Weise der Staatsführung im Sinne des Gemeinwohls. Dies beinhaltet (i) die Verfahren, durch die Mandatsträger gewählt, kontrolliert und abgelöst werden, (ii) die Fähigkeit der Verwaltung, die eigenen Ressourcen effektiv zu nutzen und fundierte Entscheidungen zu treffen und (iii) die Achtung der Bürger und des Staates vor den Institutionen, die die wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen zwischen ihnen regeln.

TIPP:

Mehr Informationen finden Sie in englischer Sprache hier:
Sonia Khan/Joseph Foti,
„Aligning Supply and Demand for Better Governance“
<http://www.opengovpartnership.org/sites/default/files/IRMReport-OpenData.pdf>

Die Öffnung von Daten ist nur dann wertvoll, wenn eine Nachnutzung für alle Gesellschaftsgruppen möglich ist. Die daraus resultierenden Potenziale von offenen Daten sind dabei vielfältig.

Für die Bürgerinnen und Bürger

Für die Zivilgesellschaft stehen vor allem die politischen, wissenschaftlichen, kulturellen und sozialen Potenziale von Daten im Vordergrund. Offene Daten erhöhen die politische Transparenz und schaffen neue Informationsmöglichkeiten über das staatliche Handeln. Sie erstrecken sich über alle Bereiche des öffentlichen Lebens und bieten Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger im Alltag und bei der Ausübung ihrer demokratischen Rechte und Pflichten.

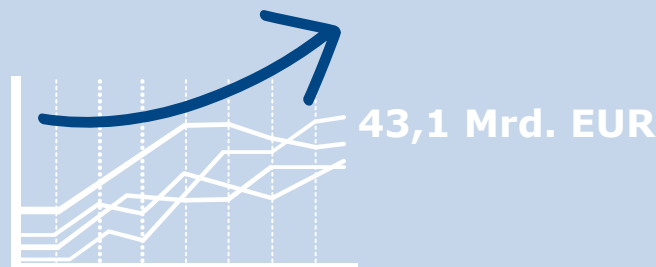
Für Politik und Verwaltung

Doch auch Politik, Verwaltung und andere öffentlich finanzierte Gesellschaftsbereiche (wie z.B. große Teile der Wissenschaft) können von Open Data profitieren: Durch die Öffnung von Daten können Prozesse in den öffentlichen Institutionen gleichzeitig beschleunigt und durch Synergieeffekte Aufwand und Kosten für den Austausch von Informationen zwischen Einrichtungen reduziert werden. Die Veröffentlichung von Daten unter den Kriterien der Open Definition kann auch dazu führen, dass die Datenqualität steigt und Fehler in den Daten von mehr Nutzern schneller erkannt und korrigiert werden. Manipulationen können dabei weitestgehend ausgeschlossen werden. Bei Gesetzen und Urteilen ist das seit Jahrzehnten unproblematisch.

Für die Wirtschaft

Neben den genannten Potenzialen für Bürger, Zivilgesellschaft, Wissenschaft sowie Politik und Verwaltung sind auch ökonomische Effekte durch die Öffnung von Daten absehbar. Freie und offene Daten können als kostenlose Wirtschaftsförderung verstanden werden, da sie ohne einen einzigen Euro an direkten Subventionen einen enormen Schub an wirtschaftlichen Impulsen und Innovationen bedeuten können. Allein die Europäische Kommission sieht hier ein Potenzial im Wert von 140 Mrd. Euro pro Jahr. Erst wenn die Nachnutzung von maschinenlesbaren Informationen der öffentlichen Hand für alle Gesellschaftsgruppen politisch und rechtlich sichergestellt wird, können sich die Potenziale für die Gestaltung einer digitalen Gesellschaft vollumfänglich entfalten. Ch.H.

Open-Data-Potenzial für Deutschland



Potenzial für **20.000**
neue Arbeitsplätze





In der Vergangenheit haben in der öffentlichen Verwaltung einzelne Ämter für sich allein bestimmte Daten für einen dedizierten Zweck erhoben und in Aktenordnern gespeichert. Mit der Digitalisierung hat hier nun ein Kulturwandel begonnen. Sind Daten elektronisch gespeichert, können sie in der gesamten Verwaltung und mit dem Bürger zu Grenzkosten von nahezu Null geteilt werden. Zumal der Bürger die Erhebung mit seinen Steuern schon bezahlt hat. Im einfachsten Fall kann man Daten in einer Tabellenkalkulation [eintragen](#), sie in ein allgemeines Format [konvertieren](#) und sie auf einen Webserver im Internet [hochladen](#).

Die Behörden müssen die notwendigen Prozesse für das Bereitstellen offener Verwaltungsdaten in ihren Verwaltungsabläufen integrieren. Durch eine externe Moderation können diese Veränderungen – oft als Kulturwandel bezeichnet – beschleunigt werden. Einige Pionierkommunen (z. B. Bonn, Köln, Hamburg, Berlin, Moers) stellen ihre offenen Daten schon heute nicht nur auf einem eigenen Portal zur Verfügung, sondern machen diese auch auf Landesportalen, auf dem Portal des Bundes oder zukünftig auf dem EU-weiten Portal zugänglich. Nimmt man dabei einfache Formate können einerseits die Bürger die Daten sofort in eine Tabellenkalkulation einlesen oder z. B. auf einer Karte visualisieren. Andererseits können Programmierer nützliche Applikationen entwickeln, bei denen die Software automatisch auf diese Daten zugreifen kann.

Welche Daten man bereitstellt, kann unterschiedlich priorisiert werden. Man kann angebotsorientiert anfangen. Dabei sucht die Verwaltung zuerst aus, welche Datensätze nützlich sein können und leicht verfügbar sind. In einem zweiten Schritt kann man Bürger und Wirtschaft fragen, welche Daten benötigt werden, wie die Stadt Bonn und der Bund es getan haben, um dann nach Aufwand und Möglichkeiten die Nachfragen umzusetzen. Die britische Regierung hat in diesem Kontext das Open Data Institut gegründet. Es unterstützt Startups, mit Open Data tragfähige Geschäftsmodelle zu entwickeln und befördert damit die nachfrageorientierte Nutzung. W.K.

Kommunales Open Data ist keine Frage der Größe. Schon zum Start des Bundesdatenportals GovData im Jahre 2013 haben auch Kommunen Daten in das Portal eingeliefert – von der Gemeinde Wennigsen mit rund 14.000 Einwohnern bis hin zur Millionenstadt Köln. Dennoch sind nur ca. 50 Kommunen in Deutschland den Vorreitern gefolgt und haben ihre Datenschranke geöffnet. Häufig fehlt vor Ort eine Vorstellung davon, was Open Data in der praktischen Umsetzung bedeutet.

Die Basics:

Datenmonitoring und technische Bereitstellung

Das [Datenmonitoring](#) beantwortet die Frage, welche Daten überhaupt in der jeweiligen Verwaltung vorhanden und Open-Data-fähig sind. Bei manchen Daten liegt das auf der Hand (Bevölkerungsstatistiken etc.), andere Daten springen nicht sofort ins Auge, z. B. Wartezeiten aus dem Bürgerservice, Daten der mobilen Verkehrsmessungen, Bußgelddaten, ruhender und fließender Verkehr. Hier hilft häufig schon ein Blick auf die bisher veröffentlichten Daten der Kommune, aber auch auf die Datensätze in den schon bestehenden Open-Data-Portalen, um sich Anregungen zu holen.

Bei der [technischen Bereitstellung](#) offener Daten reicht die Bandbreite von einem im Internet erreichbaren Dateiverzeichnis (Wennigsen) bis hin zum Transparenzportal (Hamburg), in dem man nicht nur Daten, sondern auch Dokumente der Verwaltung findet.

Inzwischen hat sich die Open-Source-Lösung CKAN (oder DKAN) als Quasistandard für Datenportale herauskristallisiert. Mit überschaubarem Aufwand kann der kommunale IT-Dienstleister CKAN aufsetzen, oder man kooperiert mit anderen Kommunen, so wie es bereits am Niederrhein praktiziert wird. Nutzt man ein solches Portal, erleichtert dies den Austausch mit übergeordneten Angeboten des Landes und Bundes bzw. der EU.

Die Kür:

Zusammenarbeit mit der Community

Man kann die Nutzung der Daten fördern, indem man sich mit Entwicklern austauscht. Dies funktioniert gut über soziale Netzwerke wie Twitter, aber auch im persönlichen Dialog auf Barcamps oder Hackdays, die inzwischen auch von einigen Kommunen ausgerichtet werden. So kommt man an wichtige Informationen über Datenwünsche und kann gemeinsame Ideen für Anwendungsfälle entwickeln.

Open Data lässt sich mit überschaubarem Aufwand gestalten. So wurden in Moers keine neuen Stellen oder Stellenanteile geschaffen und nur sehr geringe finanzielle Mittel eingesetzt. Entscheidend sind persönliches Engagement und Kreativität – vor allem, wenn man auch die Kür ins Programm aufnimmt. C.A.



Als Format wird häufig eine CSV-Textdatei genutzt, in der die einzelnen Daten durch ein Komma getrennt sind (comma-separated values). So können die einzelnen Werte leicht maschinell ausgelesen werden.



Seit den 90er Jahren soll E-Government die Dienstleistungsqualität verbessern und durch Optimierung interner Prozesse ein großes Einsparpotenzial verwirklicht werden. Die Euphorie der Gründerjahre ist allerdings einer massiven Ernüchterung gewichen, da sich viele Hoffnungen bisher nicht erfüllt haben.

Etwas abseits der E-Government-Kernthemen hat sich jedoch schon früh eine Entwicklung angebahnt, die mit Gästebüchern, Internetforen und Bürgermeister-Chats angefangen und die heute ihren Zwischenstopp bei Social Media-Angeboten, Online-Beteiligungsplattformen und ersten digitalen Kollaborationsformaten eingelegt hat. Zusammen mit Open Data wurde das Open Government-Paket, ein Betätigungsfeld mit viel Freiraum für Innovation und Kreativität ohne große technische oder rechtliche Beschränkungen, geschnürt.

Open Data rückt drei Kernziele E-Governments in den Vordergrund:

■ Optimierung der Verwaltungsabläufe

Durch eine systematische Öffnung der behördlichen Datenbestände entsteht auch innerhalb der Verwaltung eine Transparenz, die zu neuen Nutzungsszenarien führt. So können Abläufe optimiert und ressortübergreifend verschiedene Daten besser kombiniert und genutzt werden.

■ Innovationsprozesse innerhalb der Verwaltung und Leistungsverbesserung

Open Data fördert ein Denken in Schnittstellen und die Kreativität im Umgang mit Daten. So werden Innovationsprozesse nicht nur außerhalb der Verwaltung angestoßen, sondern auch innerhalb der Verwaltung initiiert. Durch die Nutzung bisher brachliegender Daten auf Websites oder Apps können neue Services angeboten oder bestehende verbessert werden.

■ Grundlage für Beteiligungsprozesse

E-Government war immer auch eine Informationsrevolution: Wissen von und über Behörden wurde erreichbar. Open Data setzt diese Transparenz-Strategie konsequent fort. Daten in nie gekanntem Ausmaß stehen der Allgemeinheit zur freien Verwendung zur Verfügung, ermöglichen Einblicke, schaffen die Grundlage für Beteiligungsprozesse und bilden eine offene Wissensressource für Wirtschaft, Wissenschaft und Bildung.

Prozessoptimierung, Serviceverbesserung und Informationsvielfalt: Open Data kann dem klassischen E-Government neuen Schwung verleihen.

C.A.

Mit Hilfe von GovData – dem Datenportal für Deutschland [www.govdata.de] sind im Herbst 2016 über 18000 offene Datensätze der Verwaltung über ein zentrales Portal zugänglich und durchsuchbar. Dazu werden Daten ebenenübergreifend aus Kommunen, Ländern und Bundeseinrichtungen an zentraler Stelle verzeichnet und nach einem einheitlichen Schema beschrieben.

Die Verantwortung für das Portal hat die GovData Geschäfts- und Koordinierungsstelle der Freien und Hansestadt Hamburg. Die Finanzierung wird zwischen dem Bund und mehreren Ländern aufgeteilt. Diese Akteure arbeiten auf Basis einer Verwaltungsvereinbarung sowie Beschlüssen des IT-Planungsrats. Auch im nationalen Aktionsplan der Bundesregierung zur Umsetzung der Open-Data-Charta der G8-Staaten wird GovData als zentrales Portal für die Bereitstellung von offenen Daten festgelegt.

Seit Anfang 2016 läuft das Europäische Datenportal (EDP) im Regelbetrieb, in dem offene Verwaltungsdaten der Mitgliedsstaaten und weiterer Länder aus Europa zentral verzeichnet werden.

Die Beschreibung der offenen Daten auf dem EDP erfolgt nach der Spezifikation des Data Catalog Vocabulary – Application Profile for data portals in Europe (DCAT-AP)

[https://joinup.ec.europa.eu/asset/dcat_application_profile/description].

Dieses Schema wird zwischen den Mitgliedsstaaten abgestimmt. Die Datenbereitsteller rund um GovData haben sich darauf geeinigt, dass als deutscher Metadatenstandard eine exakte DCAT-AP konforme deutsche Ableitung erstellt wird, die eine direkte Kompatibilität zum EU-Standard sicherstellt. Die Ableitung wird DCAT-AP.DE heißen.

J.K.

Startseite von GovData – Das Datenportal für Deutschland

Open Data steht für Daten in Zusammenhang mit den fundamentalen Aspekten unserer Gesellschaft. Der Fokus von Open Data ist auf die Kerndatensätze gerichtet, die als nationale Dateninfrastruktur bezeichnet werden können und die zeigen, wie unsere Gesellschaft funktioniert. Es sind Daten, die über Eigenschaften öffentlicher Güter verfügen und daher jedermann als digitale Ressource zur Verfügung stehen sollten. Beispielsweise könnten das Informationen zur Mobilität, Ergebnisse staatlicher Inspektionen von Schulen oder Krankenhäusern, die Handelsregister, aber auch Kriminalitätsstatistiken, Statistiken über die Umweltverschmutzung oder etwa die genauen Haushaltsausgaben und Vergabedaten sein.

Was ist der Gegenstand von offenen Verwaltungsdaten?

Gegenstand von offenen Verwaltungsdaten im Sinne von Open Data sind ausschließlich Daten, die keinen Personenbezug mehr aufweisen. Welche Daten personenbezogen sind, regelt das Bundesdatenschutzgesetz. Es handelt sich demnach – allgemein formuliert – um Einzelangaben zu persönlichen oder sachlichen Verhältnissen einer bestimmten oder bestimmbarer natürlichen Person.

Rechtliche Grenzen einer Datenveröffentlichung

Die Veröffentlichung von Daten als offen scheidet dann aus, wenn eine Rückbeziehbarkeit der Daten auf natürliche Personen nicht ausgeschlossen werden kann. Das wäre zum Beispiel der Fall, wenn trotz der Anwendung entsprechender Anonymisierungstechniken Rückschlüsse auf Personen möglich wären. Die wichtigsten rechtlichen Grenzen der Veröffentlichung staatlicher Daten sind in den Bundes- und Landesinformationsfreiheitsgesetzen festgelegt. Dazu gehören zum Beispiel der Schutz besonderer öffentlicher Belange sowie behördlicher Entscheidungsprozesse, der Schutz des geistigen Eigentums oder der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen. P.K.

TIPP:

G8-Festlegung von Gebieten von hohem Wert, sowohl für die Verbesserung unserer Demokratien als auch zur Förderung innovativer Weiterverwendung von Daten:

<https://www.gov.uk/government/publications/open-data-charter/g8-open-data-charter-and-technical-annex>

Rahmenbedingungen für strategisch wichtige Datensätze nach Open-Data-Kriterien in Großbritannien – The National Information Infrastructure (NII):

https://www.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/416472/National_Infrastructure_Implementation.pdf

Festlegung zur grundlegenden Dateninfrastruktur in Dänemark – Good basic data for everyone – A driver for growth and efficiency:

<http://uk.fm.dk/publications/2012/good-basic-data-for-everyone/>

Informationsfreiheitsgesetz (IFG):

<http://www.gesetze-im-internet.de/ifg/>

Bundesdatenschutzgesetz (BDSG):

http://www.gesetze-im-internet.de/bdsg_1990/

Open Data und Open Government dienen keinem Selbstzweck. Sie sind ein Versprechen sowohl auf wirtschaftliches Wachstum als auch Effizienzgewinn in der Verwaltung: Wenn alle Mosaikstücke zusammenpassen, kann ein gesellschaftlicher Mehrwert in unterschiedlicher Form erreicht werden (z. B. Zeitersparnis, neue Produkte, fundiertere und bessere Entscheidungen). Die Zurverfügungstellung der Daten als offen ist unverzichtbar für das zuvor genannte „kann“ und stellt nur den ersten Mosaikstein dar.

Die weiteren Faktoren sind aber genauso wichtig und essenziell, um dieses Erfolgsversprechen überhaupt zu ermöglichen. Man spricht deshalb von einem kollaborativen Open Data Ecosystem aus politischen Entscheidungsträgern, Verwaltungsbeamten, Startups und Programmierern.

Beispiel UK: Politische Führung sowie personelle und finanzielle Ressourcen

Die politische Führung und die verfügbaren personellen und finanziellen Ressourcen bilden Schlüsselaspekte für die Stimulierung der Märkte hinsichtlich einer Weiterverwendung der Regierungsdaten. In Großbritannien beispielsweise sind die Open-Data-Verfechter in der obersten Führungsebene der Regierung angesiedelt. Der ehemalige britische Premierminister Cameron forderte die Minister des Kabinetts in einem offenen Brief dazu auf, entsprechende Maßnahmen zur Öffnung der Regierungsdaten einzuleiten. Die oberste Koordinierungsstelle zwischen den Ministerien und dem Premierminister, das Cabinet Office, setzt die Open-Data-Agenda nun um. Das über fünf Jahre mit 10 Mio. Pfund finanzierte [Open Data Institut](#) in London ist bei der Umsetzung des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Potenzials offener Verwaltungsdaten ein wichtiger Akteur und damit ebenso ein Teil der britischen Open-Data-Erfolgsgeschichte.

Das Engagement von Nichtregierungsorganisationen, wie z. B. der Open Knowledge Foundation, die Beteiligung der Entwickler an unterschiedlichen Wettbewerben, den sog. Hackatons, sowie die mediale Berichterstattung seitens der Journalisten ergänzen das Open-Data-System. Die Unterstützung und finanziellen Anreize für die sog. civic hackers, d. h. für Entwickler, die die Datensätze verwenden, transformieren und neue Produkte schaffen, erweisen sich in vielen Fällen als sehr wichtig bei der Umsetzung einer erfolgreichen Open-Data-Strategie, die positive volkswirtschaftliche Auswirkungen generieren soll. Ein erfolgreich realisiertes Open Data Ecosystem erzeugt laut jüngstem Impact Report des Open Data Institute UK ein Wachstum von 10 Pfund für jeden investierten Pfund über drei Jahre. P.K.

TIPP:

Minister for Cabinet Office UK Matt Hancock:

„Open government means accepting that we don't have all the answers, but you can put data and power in the hands of people who might“

<https://www.gov.uk/government/speeches/open-government-partnership-uk-national-action-plan-2015-launch>

Die Online-Plattform „Policy Compass“ unterstützt politische Entscheidungsträger, Journalisten, zivilgesellschaftliche Akteure und jeden einzelnen interessierten Bürger, mit Hilfe von Open Data politische Zusammenhänge besser zu analysieren und zu verstehen. Denn oft lässt sich nur schwer beurteilen, welche Auswirkungen politische Entscheidungen haben. Wie verändert sich die Verkehrssituation, wenn eine Mautstraße eröffnet wird? Wie wirkt sich die Einführung von Weiterbildungsprogrammen auf die Zahl der Arbeitslosen aus? Wie hängt der Atom-Anteil am Strommix mit den Strompreisen der privaten Haushalte zusammen? Und: Hat sich die Luft in den Innenstädten durch die Einführung von Umweltzonen verbessert?

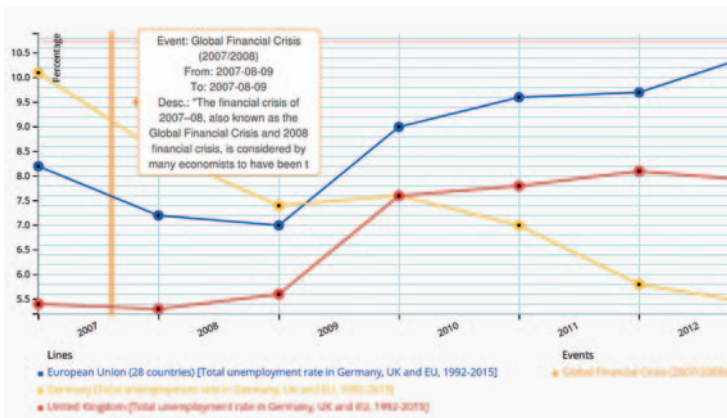
Politikfolgen: visualisieren, interpretieren und diskutieren

Europa besitzt riesige Mengen offener Daten, die zur Folgeabschätzung von politischen Entscheidungen verwendet werden können. Der „Policy Compass“ bietet Werkzeuge, diese Daten auch zu nutzen und politische Debatten zu versachlichen. Die Nutzerinnen und Nutzer können einfach und schnell Statistiken aus verschiedenen Open-Data-Quellen (Europäisches Datenportal, Eurostat, u. v. m.) in den Policy Compass einbinden, visualisieren und sie mit politischen Entscheidungen oder anderen Ereignissen in Korrelation setzen. So können die Folgen einer Entscheidung oder eines Naturereignisses für statistische Entwicklungen sichtbar gemacht werden.

Zudem helfen verschiedene eingebettete Werkzeuge den Nutzern, mit dem Datenmaterial zu experimentieren und Kausalmodelle zu erstellen, um statistische Korrelationen vielleicht auch unter neuen und ungewöhnlichen Blickwinkeln zu beleuchten und neue Zusammenhänge herzustellen. Die eigenen Ergebnisse können mit anderen Nutzern geteilt werden, um weiterführende Debatten zu starten.

Policy Compass zeigt, wie verschiedene innovative Ansätze – Open Data, E-Partizipations-Tools und Kausalmodelle – im Zusammenspiel politische Entscheidungsträger bei ihrer Arbeit unterstützen können und zugleich die Öffentlichkeit in die Lage versetzen, das administrative Handeln besser zu beobachten, zu analysieren und zu bewerten.

F.K./P.S



Fabian Kirstein und Patricia Scheiber (Fraunhofer FOKUS)

Nach der Finanzkrise 2008 sinkt die Arbeitslosigkeit in Deutschland und steigt zugleich in der EU und Großbritannien

„Akteure des Bildungssektors haben durch offene Verwaltungsdaten die Möglichkeit, aus einer vertrauenswürdigen Quelle aktuelle Daten, wie etwa die [...] Bevölkerungsdaten, interaktiv in den Unterricht einzubinden und so über den Tellerrand des zumeist eher statischen Unterrichtsmaterials zu blicken. [...] Offene Verwaltungsdaten bergen somit prinzipiell die Chance einer neuen Bildungsgestaltung (Open Educational Resources).“¹ Diese These wurde am Moerser Gymnasium Adolfinum unter Berücksichtigung der NRW-Lehrpläne als auch des schulinternen Curriculums in mehreren Projekten verifiziert:

Wahlportal-App

Innerhalb der Unterrichtsreihe „Demokratie“ fertigten die Lernenden einen Papier-Entwurf für eine Wahlportal-App für Tablets oder Smartphones. Die Schüler programmierten unter Verwendung von OpenStreetMap eine grafische Oberfläche, um durch farbliche Unterlegung Wahlbezirksergebnisse anzuzeigen. Wahllokalsymbole (GPS-Koordinaten) liefern genaue Zahlen und Balkendiagramme sowie Wählermerkmale unterschieden nach Altersgruppen, Geschlecht, Ausländer und Migranten.² Die App motiviert Lernende, nach den Hintergründen von Wahlergebnissen zu fragen (z. B. Einkommensverhältnisse, Arbeitslosenquote und Sozialstruktur im eigenen Stadtteil).

Kommunale-Haushaltsdaten-App

Die Visualisierung des Moerser Haushalts erfolgte als Kachelgrafik. Die Schüler programmierten eine App in Zusammenarbeit mit dem städtischen Statistiker. Einzelne Etatposten wurden je nach Volumen größer oder kleiner, in absoluter Zahl und prozentual abgebildet. Die Lernenden können in die Unterkategorien hineinzoomen.



Sie entdeckten z. B., dass die Streichung sämtlicher freiwilliger Kulturleistungen der Stadt Moers weniger effektiv ist als die Anhebung des Hebesatzes der Grundsteuer B (Gemeindesteuer).

Planspiel

Auf Grundlage von grafischen Darstellungen der Geburts- und Sterbedaten einzelner Stadtbezirke wählten die Lernenden auf einem Stadtplan mit Klebmarken Standorte für eine Kindertagesstätte, ein Babyzubehör-Geschäft und ein Altersheim aus. Offene städtische Daten bieten Lernenden einen realen Planungsbezug zur Kommunalpolitik ihres Wohnortes.

Das Gesamtprojekt „OpenData & Schule“ wird fortlaufend im „WikiFinum“ dokumentiert. Offene Daten ermöglichen Lernenden objektive Einsichten in die komplexe soziale Wirklichkeit, begünstigen die politische Partizipation und fordern zum bürgerlichen Engagement auf.

T.N.

1 | Fraunhofer Fokus Institut, Studie für die Stadt Köln
 2 | <https://edu.openruhr.de/index.php>

Durch die Ausweisung jedes Wohnbereichs als Einzugsbereich einer bestimmten Grundschule gewährleistet die Berliner Verwaltung für jedes schulpflichtige Kind einen altersangemessenen und sicheren Schulweg. In der Praxis stellt die jährliche Schulplatzzuweisung für die Verwaltung eine Herausforderung dar, weil dabei etliche rechtliche Vorgaben wie die Schulweglänge zu berücksichtigen sind. Durch Wechselwünsche der Eltern wird diese noch gesteigert. Im Berliner Bezirk Tempelhof-Schöneberg ist der letzte verwaltungsseitige Vorschlag einer Neuzuschneidung von Schuleinzugsbereichen abgelehnt worden, was auch mit der Intransparenz des Planungsprozesses zusammenhängt. Werden Einzugsbereiche von Hand zugeschnitten, kann von außen kaum nachvollzogen werden, wie das Ergebnis zustande kommt. Und das trifft nicht nur auf politische Gremien, sondern auch auf die Betroffenen (in diesem Fall: Eltern) zu. Aus dieser Intransparenz können weitere Wechselwünsche entstehen, die wiederum als zusätzliche Parameter in das Planungsverfahren einzubeziehen sind – ein Teufelskreis.

Effiziente Schulplanung

Um der Verwaltung die Arbeit zu erleichtern, für alle Betroffenen die Transparenz des Verfahrens zu erhöhen und ein besseres Ergebnis der Neuzuschneidung zu erzielen, entstand im Sommer 2016 eine Kooperation zwischen dem Bezirksamt, der Senatsverwaltung für Wirtschaft, der Technologiestiftung Berlin, der Stiftung Neue Verantwortung und der idalab GmbH. Ziel war es, auf Grundlage der im Open-Data-Portal der Stadt zugänglichen demografischen und geografischen Daten (z. B. Schulstandorte, Hauskoordinaten, Einwohnerstatistik auf Blockebene) eine Anwendung zu schaffen, mit der jährlich eine dynamische Zuschneidung von Einzugsbereichen möglich ist.

Die Anwendung berücksichtigt automatisch die gegebenen rechtlichen Vorgaben und berechnet anhand automatisch einbezogener offener Daten den optimalen Zuschnitt von Einschulungsbereichen für jede Grundschule. „Optimal“ bezieht sich hier zunächst auf die Sicherheit der Schulwege sowie auf die Auslastung der einzelnen Schulen. Das Besondere an der Anwendung ist, dass bei laufender Optimierung von Hand Einstellungsänderungen vorgenommen werden können. Diese berücksichtigt der Algorithmus bei der weiteren Optimierung.

Die Einbeziehung weiterer Parameter, wie der sozialen Zusammensetzung an den Schulen, ist ebenfalls möglich und geplant. In einer wachsenden Stadt mit raschen sozialen Veränderungen in den Bezirken und Wohnquartieren sind solche Verwaltungstools im skizzierten wie in anderen Bereichen der öffentlichen Daseinsvorsorge essentiell. Offene Daten sind die Basis dafür. T.K.



Die Digitalisierung und Open Data verändern auch den Tourismus. Wurden früher Reisen im Reisebüro gebucht, wo Veranstalter All-Inclusive-Angebote mit Flug und Unterkunft anboten, wird Reisen durch das Internet immer individueller. Touristen buchen mit hoher Preistransparenz direkt bei Veranstaltern, Hotels, Fluglinien oder Intermediären (Booking.com, Google-Flight) und stellen sich die Reisen nach ihren Bedürfnissen zusammen. Einerseits kommen sie bildungsdurstig nach Florenz mit Dan Brown's „Inferno“ unter dem Arm und fragen: Wo ist der Saal der 500 im Palazzo Vecchio, wo das Taufbecken im Dom? Andererseits erfährt das Wandern und Pilgern auch in Deutschland immer hohe Wertschätzung.

Dabei werden heute Informationen auf eigenen Karten in Google-Maps zusammengestellt. Man kann sie auf das Smartphone herunterladen, falls am Zielort die Internetverbindung schwach ist. Dabei ist die Wanderroute selbst wichtig, aber ebenso Unterkünfte, Gaststätten und Sehenswürdigkeiten auf dem Weg. Klassische Reiseführer in einer Region stellen ihre Information immer öfter online zur Verfügung. Immer häufiger wird dabei auch auf Open Data zurückgegriffen. Sehenswürdigkeiten sind in Wikipedia sehr gut dokumentiert und frei verfügbar. Neuerdings werden auch Wanderwege als Geodaten zur eigenen Verwendung in Formaten wie KML, KMZ oder GPX bereitgestellt. Nach dem Erfolg von Pilger Hape Kerkeling auf dem katholischen Jakobsweg stellt die Evangelische Landeskirche Anhalt insbesondere für das Lutherjahr 2017 die Daten für den Lutherweg zur Verfügung.¹ Die Stadt Moers hat als Open Data einen Bergbauwanderweg an den stillgelegten Kohlezechen online gestellt². Das Land Berlin hat GPS-Daten für Radwege auch am Berliner Mauerweg³ veröffentlicht.



Mit diesen Daten kann der Tourist nun die Länge und Dauer seiner Wanderungen planen, welche Sehenswürdigkeiten er besichtigen und wo er Einkehr halten will. Auch kann er so die Anreise mit dem Auto oder mit dem öffentlichen Nahverkehr organisieren. Für den Touristen werden die Optionen immer reichhaltiger: Er kann weiterhin Komplettpakete buchen oder seine Reisen zu Hause im Wohnzimmer planen. Für kommerzielle Anbieter wird es somit immer wichtiger, dass sie Informationen über ihre Destinationen auch als Open Data zur Verfügung stellen, um weiterhin attraktiv zu bleiben. W.K.

- 1 | <http://www.lutherweg.de/kontakt-und-service/downloads/>
- 2 | <https://www.offenesdatenportal.de/dataset/bergbauwanderweg>
- 3 | http://www.stadtentwicklung.berlin.de/verkehr/mobil/fahrrad/radrouten/de/gps_tracks/index.shtml

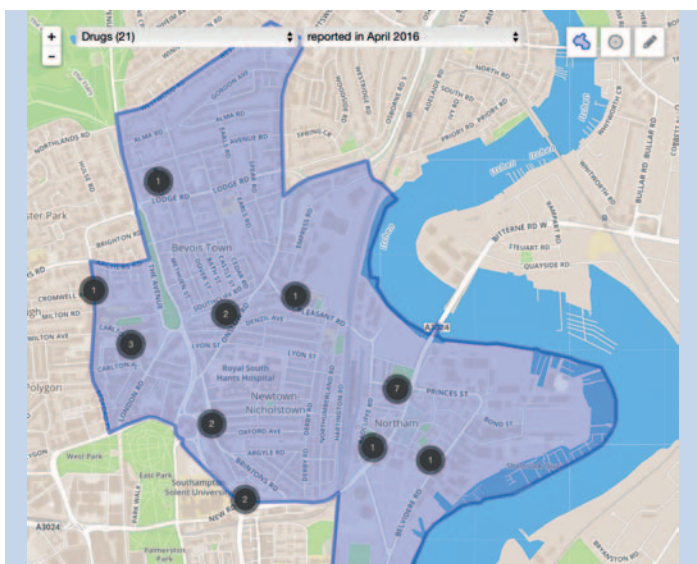
TIPP:

Weitere Quellen siehe auch
<http://wk-blog.wolfgang-ksoll.de/tourismus/>

Bund und Länder stellen seit vielen Jahren statistische Daten aus dem Bereich der Inneren Sicherheit online zur Verfügung. Seit dem Berichtsjahr 2014 stellt das Bundeskriminalamt seine Polizeiliche Kriminalstatistik nicht mehr nur als PDF-Datei dar, sondern auch als maschinenlesbare Daten in xlsx- und CSV-Format zur Verfügung. Diese Daten sind auch auf dem nationalen Open-Data-Portal govdata.de abrufbar. So werden Fallberichte und Zeitreihen online veröffentlicht.¹ Bis hinunter auf Landkreise werden Daten über Fallzahlen einzelner Straftaten und Aufklärungsquoten nachgewiesen sowie Auswertungen über die geografische Verteilung vorgenommen.

Die Auswertung der Daten macht die Lage der Straftatenentwicklung transparenter. So stellte sich nach Auswertung von Daten heraus, dass entgegen allgemeiner Vorurteile der Anstieg der Flüchtlingszahlen zu keiner überproportionalen Steigerung von Straftaten geführt hat. Journalisten nutzen diese Daten, um sie zu visualisieren. So kann man im politischen Diskurs veranschaulichen, in welchen Regionen sich konkrete Straftaten häufen. In Großbritannien gibt z. B. die Polizei Crime Maps heraus, mithilfe derer man interaktiv erforschen kann, wo welcher Art von Straftaten in welcher Anzahl begangen wurden.²

Statistische Daten sind für Sicherheitsbehörden und Bevölkerung wichtige Hinweise auf Orte mit höherem Gefahrenpotenzial. So kann man Orte mit vermehrten Taschen- oder Fahrraddiebstählen ausweisen. Die Sicherheitsbehörden können ihre Präsenz an gemessenen Schwerpunkten ausrichten. Dies kann so weit gehen, dass man auch ein „Predictive Policing“³ ableitet, mit dem man versucht aus historischen Daten zukünftige Ereignisse voraus zu sagen. Es braucht aber auch den politischen Diskurs darüber, inwieweit man sich neben offener Daten weiterer Daten bedient, und die Polizei in der Folge mit Big-Data-Analysen arbeitet. Insgesamt aber ist auch in der Inneren Sicherheit durch Open Data ein rationalerer Diskurs hin zu einer sichereren Gesellschaft zu erreichen. Für die Nutzer aus Behörden, Medien und der Bürgerschaft sind die ersten richtigen Schritte gemacht. W.K.



Crime Maps in Großbritannien, Open Government License v2.0

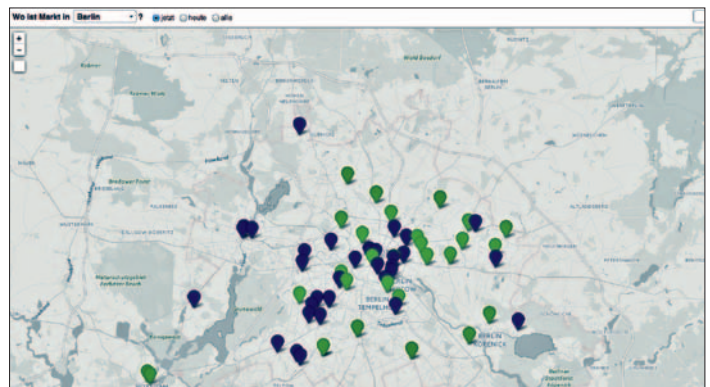
1 | https://www.bka.de/DE/AktuelleInformationen/StatistikenLagebilder/PolizeilicheKriminalstatistik/PKS2015/pks2015_node.html

2 | <https://www.police.uk/hampshire/2SC01/crime/>

3 | https://netzpolitik.org/wp-upload/LKA_NRW_Predictive_Policing.pdf

Erfolgreiche Märkte hängen von deren Bekanntheit und ihren Öffnungszeiten ab. Haben Sie sich schon mal gefragt, wo der nächste Wochenmarkt ist, der heute geöffnet hat? Oder der nächste Trödelmarkt? Während die Antwort meistens irgendwo auf den städtischen Internetseiten steht und ein schneller Überblick kaum möglich ist, bietet Open Data kreative und schnelle Lösungen auch auf diese Fragen.

In Karlsruhe entstand eine Community-Webseite, auf der alle 16 Märkte der Stadt angezeigt werden. Jeder Markt bekam eine farbige Markierung und wurde mit Infos zu den Öffnungszeiten ausgestattet. Ein grüner Marker heißt, dass der Markt gerade geöffnet hat. Alle dafür notwendigen Daten befinden sich frei lizenziert im Open-Data-Transparenzportal der Stadt.



Stadt Berlin, CC by 3.0 DE

Gemeinsam mit Freiwilligen aus Berlin wurde „Wo ist Markt?“ [<https://wo-ist-markt.de/>] so weiterentwickelt, dass auf sehr einfache Weise die Märkte weiterer Städte aufgenommen werden konnten. Anfang 2016 wurden schließlich die Daten der 190 Märkte der Hauptstadt aus dem Berliner Open-Data-Portal der Webseite wo-ist-markt.de hinzugefügt. Ende des Jahres 2016 waren 35 Städten mit ihren Märkten abrufbar.

Geschäfte in Moers

Weit weg von den großen Metropolen des Ruhrgebietes zeigt das Beispiel Moers, wie mit offenen Daten die Attraktion der eigenen Stadt und der lokalen Wirtschaft deutlich gehoben werden kann.

Bei „Geschäfte in Moers“ werden die Öffnungszeiten der Geschäfte in der Moerser Innenstadt visualisiert. Die Informationen stammen vom Werbering, also von den Gewerbetreibenden selbst, und sind als Open Data verfügbar. Auf einer Karte werden alle Geschäfte angezeigt. Mithilfe einer farbigen Markierung, sieht man, ob sie aktuell geöffnet haben (ähnlich wie bei „Wo ist Markt?“). Zudem gibt es eine Suchfunktion, die nicht nur nach dem Namen der Geschäfte, sondern auch nach Branchen filtern kann.

Das Besondere an dieser Karte ist die Kombination mit einem zweiten Datensatz. Fast die gesamte Fußgängerzone der Innenstadt von Moers wurde in vielen 360-Grad Kugelpanoramen aufgenommen und lässt sich so virtuell erkunden, so dass man sich in einigen Verkaufsräumen ebenfalls umschauen kann. Auf die Anzeige des nächsten freien Parkplatzes muss man derzeit noch verzichten, aber daran wird gerade gearbeitet. T.T.